

Presse- Mitteilung

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 71 91
Fax: 069 - 95 73 71 39
E-Mail: presse@igbau.de
www.igbau.de

23. April 2019

PM 20/2019

IG BAU fordert Bundestariftreuegesetz – Berufsausbildung als Kriterium

Öffentliche Aufträge nur an Firmen, die nach Tarif zahlen und ausbilden

Im Kampf gegen Lohndumping fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ein bundesweites Tariftreuegesetz. „Die öffentliche Hand darf nicht länger dabei zusehen, wie Firmen aus der Dumping-Liga ihr Geschäft mit staatlichen Aufträgen machen. Bund, Länder und Kommunen dürfen mit öffentlichen Geldern keine Dumpinglöhne honorieren“, sagt der IG BAU-Bundesvorsitzende, Robert Feiger.

Der Bau sei hier ein Paradebeispiel. Dort dürften nicht länger die zum Zuge kommen, die die niedrigsten Löhne und damit auch die wenigsten Steuern und Sozialabgaben zahlten. Darüber hinaus fordert Feiger, dass bei öffentlichen Aufträgen nur Firmen den Zuschlag bekommen, die auch eigenen Nachwuchs ausbilden. Ein solches „Azubi-Kriterium“ bei der Auftragsvergabe könne gerade für das Handwerk einen wichtigen Beitrag gegen den eklatanten Fachkräftemangel leisten.

Die große Koalition habe jetzt die Chance, die Auftragsvergabe neu zu regeln, so der Gewerkschafter. Im Zuge der Novelle der europäischen Entsenderichtlinie könne sie die Tariftreue in ein bundesweites Vergabegesetz hineinschreiben. Dabei dürfen gute Regelungen in den Bundesländern etwa zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien nicht unter die Räder kommen.

„Ein Bundesgesetz würde Unternehmen belohnen, die sauber wirtschaften. Der Staat kann durch seine Vergabep Praxis enorm viel dazu beitragen, dass das Zahlen von Tariflöhnen wieder gängige Praxis wird“, so Robert Feiger. Bund, Länder und Kommunen müssten hier Vorbilder sein. Die IG BAU fordert die Bundesregierung zu raschem Handeln auf. Der Wildwuchs nehme in vielen Branchen mittlerweile erschreckende Ausmaße an. „Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit hat allein im vergangenen Jahr einen Schaden von 835 Millionen Euro aufgedeckt, der dem Staat durch nicht gezahlte Steuern und Sozialabgaben entstanden ist. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Es wird höchste Zeit, dass der Bund hier das Zepter in die Hand nimmt. Ein Bundestariftreuegesetz wäre dabei ein entscheidender Schritt“, so IG BAU-Chef Feiger.

